

Pakt für Klimaschutz

**Auflistung der unterzeichnenden Verbände
im Pakt für Klimaschutz:**

Aktion "Impulse für den Wohnungsbau"	Bundesverband Metall – Vereinigung Deutscher Metallhandwerke	Deutscher Städtetag	Tischler Schreiner Deutschland Bundesverband
Arbeitsgemeinschaft Heiz- und Wasserkostenverteilung e.V.	Bundesverband Porenbetonindustrie e.V.	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	Verband Beratender Ingenieure VBI
Arbeitsgemeinschaft Mauerziegel e.V.	Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz e. V. – BVRS	Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	Verband Deutscher Kälte-Klima-Fachbetriebe e. V. (VDKF)
BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen	Bundesverband in den Gewerken Trockenbau und Ausbau e.V.	FMI Fachverband Mineralwolleindustrie e. V.	Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdpb)
Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung e.V.	Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e. V.	Fachverband Wärmedämm-Verbundsysteme e.V.	VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik e.V.
Bund Deutscher Architekten BDA	Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.	Fachverband Ziegelindustrie Nordwest e.V.	Verband Fenster und Fassade
Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V.	Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.	Fachvereinigung Heizkostenverteiler Wärmekostenabrechnungen e.V.	VGF Verband Geschlossene Fonds
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland	Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.	Fraunhofer Institut für Bauphysik IBP, Stuttgart	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Bundesarchitektenkammer e.V.	Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen e.V.	GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen	Verband Privater Bauherren e.V.
Bundesfachverband der Immobilienverwalter (BVI)	Bundesvereinigung Bauwirtschaft (GbR)	Gesamtverband Dämmstoffindustrie GDI	Verband Wohneigentum e.V.
Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. – BDH	Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e.V.	GRE Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung e. V.	verbraucherzentrale Bundesverband
Bundesingenieurkammer	BSI Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.	Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. – SRL
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.	Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV)	Immobilienverband Deutschland IVD	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.
Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.	Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V.	Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen	Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.
Bundesverband Deutscher Siedler und Eigenheimer e.V.	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. – DENEFF	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt	Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks
Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz	Deutscher Gewerkschaftsbund	Industrieverband Hartschaum e.V. (IVH)	Zentralverband Raum und Ausstattung
Bundesverband Flachglas e.V.	Deutscher Holzwerkstoffverband	Industrieverband WerkMörtel e.V.	Zentralverband Sanitär Heizung Klima/Gebäude- und Energietechnik Deutschland (ZVSHK/GED)
Bundesverband Flächenheizungen und Flächenkühlungen e.V	Deutscher Holzfertigbau-Verband e.V.	Marketinginitiative der Wohnungsbaugenossenschaften	
Bundesverband Gerüstbau e.V.	Deutscher Holzwirtschaftsrat e.V.	NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.	
Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V.	Deutscher Mieterbund e.V.	Technische Universität München, Lehrstuhl für Bauphysik, München	
Bundesverband Leichtbeton e.V.	Deutscher Landkreistag	TUM	

Berlin, 8. April 2011 / 20. April 2011 / 5. Mai 2011

Die unterzeichnenden Verbände erklären mit diesem Pakt gemeinsam:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Mit ihrem Energiekonzept hat die Bundesregierung am 28. September 2010 sehr ehrgeizige Zielsetzungen in Bezug auf energetische Gebäudesanierung und energieeffizientes Bauen vorgelegt, ohne allerdings aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden sollen. Mit den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2012 hat das Bundeskabinett am 16.03.2011 nunmehr beschlossen, keinerlei Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm in den Haushalt 2012 einzustellen. Die im Energiekonzept der Bundesregierung angedachte Finanzierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms mit Mitteln aus dem Energie- und Klimafonds ist nach dem Beben in Japan und dem Atom-Moratorium allerdings nachhaltig in Frage gestellt. Der Wegfall der Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren ab 2012 konterkariert die bisherige Klimaschutzpolitik in höchstem Maße und macht sie unglaubwürdig.

Die durch den Bundeshaushalt finanzierten KfW-Mittel für das energieeffiziente Bauen und Sanieren haben 2009 ca. 300.000 und 2010 fast 350.000 Arbeitsplätze gesichert und Investitionen von jeweils ca. 20 Milliarden Euro angestoßen, sowie insgesamt zu einer Einsparung von rund 2,5 Millionen Tonnen CO₂ geführt. Die KfW-Förderung ist unverzichtbar, um die energetische Modernisierung des sanierungsbedürftigsten Wohngebäudebestandes, in dem die meisten einkommensschwachen Mieter wohnen, sozialverträglich zu machen sowie die energetische Ertüchtigung der kommunalen Gebäude und Einrichtungen voranzutreiben. Auch bei den Wohnungseigentümern, die rund 14,9 Mio. Eigenheime oder Zweifamilienhäuser selbst nutzen, wird sich die Einstellung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms als massive Investitionsbremse auswirken.

Um das im Energiekonzept der Bundesregierung festgelegte Ziel einer Verdoppelung der Sanierungsquote auf 2 % zu erfüllen und damit jährlich mindestens 360.000 Gebäude zu sanieren, wäre mittelfristig ein Förder volumen von 5 Mrd. EUR jährlich notwendig. Diese Förderung löst das Achtfache an Investitionen aus, was zudem eine Entlastung des Staatshaushaltes bedeutet (Einnahmen aus Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Sozialbeiträgen und vermiedene Kosten der Arbeitslosigkeit).

Der Wegfall der KfW-Mittel widerspricht dem Energiekonzept der Bundesregierung, senkt die Sanierungsrate, gefährdet die Ziele der deutschen Klimaschutzpolitik und beeinflusst die kommunalen Klimaschutzaktivitäten und die volkswirtschaftliche Entwicklung negativ. Wenn Investitionen unterbleiben, werden auch Arbeitsplätze wegfallen. Wohnungsneubau und energetische Gebäudesanierung sind arbeitsintensiv, hier ist fast ausschließlich das lokale Bau- und Ausbauhandwerk tätig.

Vor dem Hintergrund einer unsicheren Finanzierung durch den Energie- und Klimafonds unterstützen wir alle Bemühungen, auf eine alternative Finanzierung zu dringen. Wir fordern die Bundesregierung daher nachdrücklich auf, ein klares politisches Bekenntnis zur weiteren Förderung des energieeffizienten Bauens und Sanierens und zur Verstärkung der Mittelausstattung mindestens in Höhe von 2 Mrd. EUR jährlich abzugeben und dafür im Haushalt 2012 und in den Folgejahren entsprechende Finanzmittel einzustellen. Verbraucher, Hersteller, Gebäudeeigentümer, Planer, Kommunen und Ausführende benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, um den Gebäudebestand und die Kommunen zukunftsfähig gestalten zu können.

Pakt für Klimaschutz

Kontakt: